

Ehemalige Ratsfrau scheitert mit Antrag auf Wiedereinführung der Baumschutzsatzung

Der sechste und letzte Versuch

Sie habe es ja schon mehrfach versucht, die 2005 in Leverkusen abgeschaffte Baumschutzsatzung wieder einzuführen. Dies sei ihr sechster und letzter Versuch in dieser Angelegenheit, stimmte Brigitte von Bonin im Ausschuss für Bürgereingaben und Umwelt auf ihren Antrag ein, dem sie selbst nur geringe Chancen auf Erfolg gab. So kam es denn auch. Trotz Zustimmung der Grünen, der Bürgerliste, der Linken und der Klimaliste lehnte die Mehrheit im Ausschuss die Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung erneut ab.

Zuvor hatte Bonin einen verbindlich geregelten Baumschutz als alternativlos dargestellt und darauf hingewiesen, dass Leverkusen die einzige Großstadt weit und breit ohne eine solche Regelung ist, die eben nicht nur der Stadtverwaltung Regeln für den Umgang mit Bäumen vorgibt, sondern auch privaten Grundeigentümern. Das „Leitbild Grün“, das Leverkusen sich 2014 stattdessen verordnet hat, sei lediglich eine gute gemeinte Selbstverpflichtung der Stadt, befand die ehemalige Grünen-Ratsfrau, die sich jetzt im Bürgerforum Grünes Leverkusen engagiert.

Dass dabei auf den „Vorbildcharakter öffentlichen Handelns und die Eigenverantwortlichkeit der Bürger“ gesetzt werde, sei bisher völlig wirkungslos geblieben. „Gummiparagrafen ohne Ende, die auch weidlich sowohl von der Stadt, Privatleuten, Kirchengemeinden und Wohnungsbaugesellschaften für ihre Fällungen ausgenutzt werden, ohne dass die Baudezernentin dies in den Genehmigungsverfahren zu verhindern versucht hätte.“

Ähnlich sieht es Manfred Schröder (Die Linke): „Privatleute fällen Bäume ohne Ende und die Wohnungsgesellschaften auch.“ Dem müsse Einhalt geboten werden. Eine wirkliche Debatte gab es zu diesem Thema jedoch nicht mehr. Die Ablehnung war schnell erledigt. (*ger*)